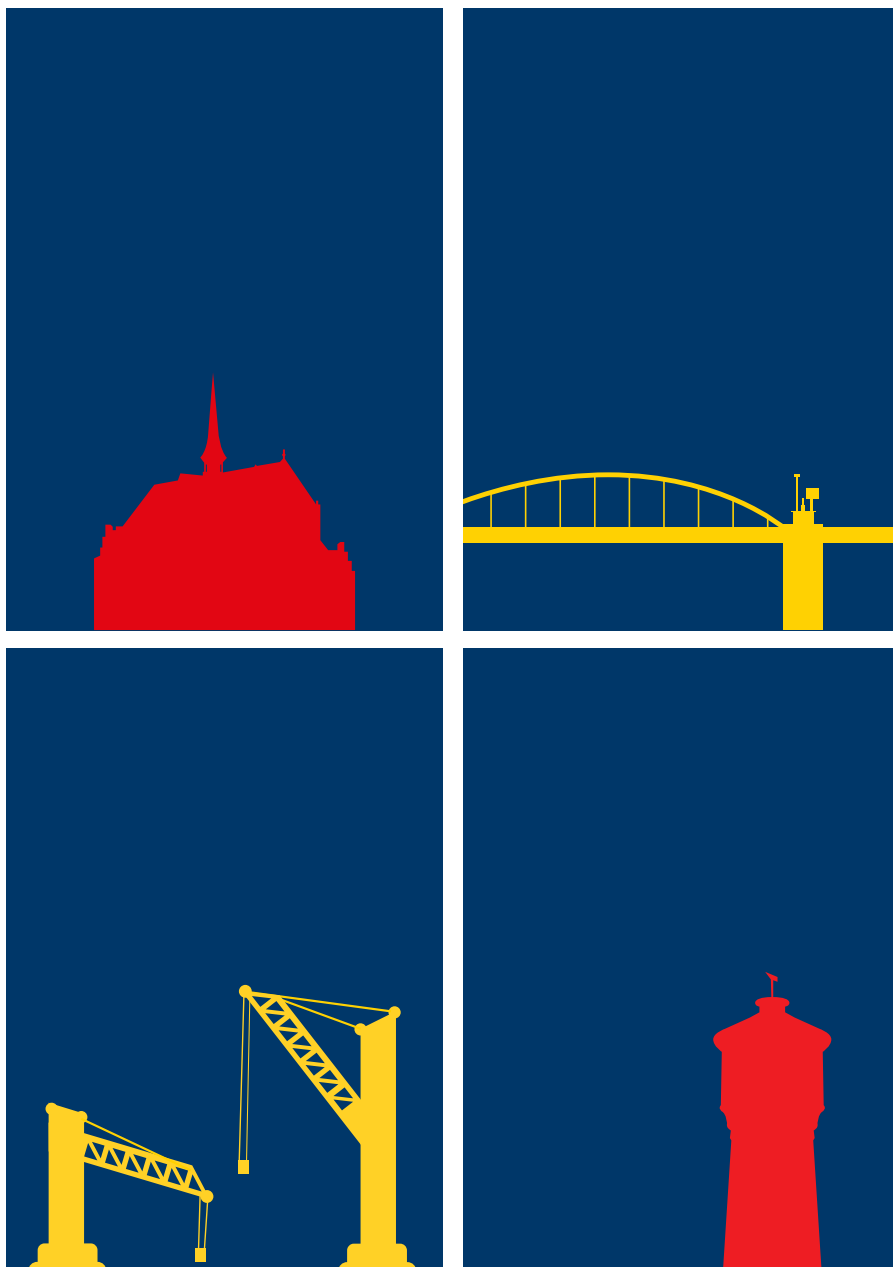




GRUNDSATZPROGRAMM DER SCHLESWIGSCHEN PARTEI

— Gemeinsam für Nordschleswig



Schleswigsche Partei



Grundsatzprogramm der Schleswigschen Partei – Gemeinsam für Nordschleswig
Verabschiedet auf der SP-Hauptversammlung am 19. Oktober 2020

Verantwortlich:

Schleswigsche Partei
Vestergade 30 / DK-6200 Aabenraa/Apenrade
Tel.: +45 74 62 38 33
Email: sp@bdn.dk

Redaktion:

Rainer Naujeck, stellv. Vorsitzender der Schleswigschen Partei
Arno Knöpfli, Mitglied im Vorstand der Schleswigschen Partei
Ruth Maria Candussi, Parteisekretärin

Fotos:

Karin Riggelsen, Pressefotografin
Ute Levisen, Fotojournalistin

Grafisches Design & Layout:

Setoff Marketing

INHALT

Einleitung.....	Seite 4
Arbeitsmarkt.....	Seite 6
Behinderte.....	Seite 7
Deutsche Minderheit.....	Seite 8
Energie.....	Seite 10
Europa.....	Seite 11
Familie.....	Seite 12
Freizeit.....	Seite 13
Gesundheit.....	Seite 14
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	Seite 15
Infrastruktur.....	Seite 16
Integration.....	Seite 17
Jugend.....	Seite 18
Kinder und Bildung.....	Seite 20
Kultur.....	Seite 22
Land und Stadt.....	Seite 23
Natur und Umwelt.....	Seite 24
Region Süddänemark.....	Seite 26
Senioren.....	Seite 27
Tourismus.....	Seite 28
Verkehr.....	Seite 29
Wirtschaft.....	Seite 30
Öffentliche Verwaltung.....	Seite 31

Gemeinsam für Nordschleswig – Sammen om Sønderjylland

GRUNDSATZPROGRAMM DER SCHLESWIGSCHEN PARTEI

WER WIR SIND

Trägerverein der Schleswigschen Partei ist der Bund Deutscher Nordschleswiger.

Die Schleswigsche Partei hat den Auftrag, die parteipolitischen Interessen der deutschen Minderheit in Nordschleswig wahrzunehmen.

Wir achten auf die Weiterentwicklung der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung der deutschen Minderheit im Grenzland.

Unsere Politik umfasst die Belange aller Menschen im Landesteil.

Im Sinne der Loyalitätserklärung, die die deutsche Minderheit 1945 gegenüber dem dänischen Staat ausgesprochen hat, wollen wir an den gesellschaftlichen Aufgaben mitwirken und die Gesellschaft, in der wir leben, weiterentwickeln.

Die Schleswigsche Partei ist die Regionalpartei in Nordschleswig. Frei von übergeordneten Bindungen und Ideologien arbeiten wir pragmatisch für das Wohl und die Entwicklung Nordschleswigs.

Wir sind die Partei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion. Die europäische Integration muss sich gerade in den Grenzregionen bewähren.

Die Schleswigsche Partei ist eine proeuropäische Partei. Die europäische Zusammenarbeit muss unter Wahrung der jeweiligen regionalen und nationalen Identitäten praktiziert werden.

UNSERE GRUNDWERTE

Die Schleswigsche Partei steht auf dem Boden einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese beinhaltet die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Entscheidungen werden, wenn immer möglich, nah am Bürger und unter dessen Einbeziehung getroffen.

Zu unseren Grundwerten zählen Toleranz, Offenheit und gegenseitiger Respekt. Ebenso stellt der würdevolle Umgang miteinander für die Schleswigsche Partei einen Grundwert dar.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen Gleichberechtigung und Chancengleichheit erfahren. Die Gleichstellung der Geschlechter hat dabei unsere besondere Aufmerksamkeit und muss in allen Bereichen der Gesellschaft zum Tragen kommen.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen nicht ausgegrenzt, sondern einbezogen werden, in der man offen miteinander umgeht, aufeinander zugeht und sich nicht abgrenzt. Es ist wichtig, sich als Teil der Gesellschaft und deren demokratischen Fundaments zu verstehen.

Die Identität des Einzelnen muss respektiert werden. Die Lebensgestaltung nach eigenen

Werten setzt stets voraus, dass dabei jeder die demokratischen Grundprinzipien Dänemarks anerkennt.

Der Selbstbestimmung des Einzelnen im Leben muss von staatlicher Seite Platz gelassen werden. Wo es sinnvoll erscheint, kann dem Gemeinwohl Vorrang gegeben werden und der Staat kann entsprechend handeln.

Im Zusammenspiel zwischen Bürger und Staat messen wir den politischen Freiheitsrechten der Bürger – das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Vereinigungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit – besondere Wichtigkeit zu. Vielfalt und gelebte Demokratie schaffen wir, indem wir eine aktive Zivilgesellschaft ermöglichen, in der den Bürgern eine gestaltende Rolle zukommt.

Die konsensorientierte und breite Zusammenarbeit in Politik und Gesellschaft ist für die Schleswigsche Partei eine wesentliche Voraussetzung für eine konstruktive und bürger-nahe Gestaltung der Gesellschaft.

Die Teilhabe der Bürger am gesellschaftlichen Wohlstand und die Selbstverantwortung in der eigenen Lebensgestaltung müssen sich die Waage halten. Darin sehen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesichert.



ARBEITSMARKT

Eine gezielte Arbeitsmarktpolitik setzt eine gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern voraus. Die Kommunen haben dabei die Aufgabe, effektive Maßnahmen zur Qualifizierung sowie zur Arbeitsvermittlung von Arbeitnehmern, die Hilfe benötigen, in die Wege zu leiten. Dadurch wird gewährleistet, dass sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber sinnvoll unterstützt werden.

Es ist dabei die Aufgabe der öffentlichen Hand, die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass sich mehr private Unternehmen in den Kommunen ansiedeln und öffentliche Arbeitsplätze besser im Lande verteilt werden. Auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt muss gezielt weiterentwickelt werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Rehabilitierungs- und Aktivierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer geschaffen werden, die z. B. krankheitsbedingt nicht oder nur teilweise arbeitsfähig sind.
- Aktivierungsmaßnahmen für Jugendliche, die nicht auf dem Arbeitsmarkt oder in Ausbildung sind, in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.
- Arbeitgeber und die zuständigen kommunalen Verwaltungen sinnvoll zusammenarbeiten, um u. a. relevante Qualifizierungsmaßnahmen anbieten zu können und eine qualifizierte Vermittlung von Arbeitskräften zu gewährleisten.
- Arbeitnehmern Praktikumsplätze angeboten werden, um zu ermitteln, welche Aufgaben und mit welcher Belastbarkeit sie diese erfüllen können. Dieses Angebot kann auch für Arbeitgeber von Nutzen sein.
- Menschen mit besonderem Förderbedarf Vermittlung und Schulung ermöglicht werden, ggf. mit bedarfsgerechten Hilfsmitteln.
- Mehr staatliche Arbeitsplätze in die Provinz und dabei auch in unseren Landesteil verlegt werden.

BEHINDERTE

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf selbstbestimmte und umfassende Teilhabe und auf Gleichstellung in der Gesellschaft.

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Gleichbehandlung und die Förderung von Chancengleichheit als eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen stehen deshalb im Mittelpunkt unserer Behindertenpolitik.

Wir verstehen Behinderung als körperliche, geistige oder seelische Behinderung. Sie kann auch eine Form von Lernbehinderung oder Verhaltensstörung sein. Behinderungen gibt es in verschiedenen Ausmaßen.

Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel und in der Freizeit, kann man von einem positiven Miteinander sprechen. Fachleute bezeichnen dies als „Inklusion“.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Menschen mit Behinderung und deren Organisationen bei Beschlüssen, die sie betreffen, nach Möglichkeit einbezogen werden.
- Für alle Menschen mit Behinderung Beratungsmöglichkeiten bereitgestellt werden.
- Diesen Menschen sachgemäße Hilfe angeboten wird, die ggf. als Hilfe zur Selbsthilfe gestaltet wird.
- die Kompetenzen von Menschen mit Behinderung berücksichtigt und entsprechend eingesetzt werden.
- Menschen mit körperlicher Behinderung sich barrierefrei im öffentlichen Raum bewegen können.
- Freiwillige Organisationen, die Behinderte unterstützen, Zuwendungen von der öffentlichen Hand erhalten können.
- Öffentliche und private Unternehmen Arbeitsplätze für Behinderte nach den Anforderungen und Bedürfnissen dieser einrichten. Dafür können öffentliche Förderprogramme entwickelt werden.

DEUTSCHE MINDERHEIT

Die Heimat der deutschen Minderheit in Dänemark ist Nordschleswig. Hier ist die deutsche Minderheit infolge historischer Ereignisse, die 1920 in einer Volksabstimmung und der jetzigen Grenzziehung mündeten, entstanden. Im selben Jahr wurde die Schleswigsche Partei zur Wahrnehmung der parteipolitischen Interessen der deutschen Minderheit gegründet.

WIR SIND DIE PARTEI DER DEUTSCHEN MINDERHEIT UND SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die deutsche Minderheit und ihre Mitglieder die deutsche Sprache und Kultur in Nordschleswig pflegen können. Wo und wann immer es notwendig ist, treten unsere Kommunalvertreter und -vorstände hinzu, um die Arbeit der Vereine und Verbände der deutschen Minderheit zu unterstützen.
- Die Interessen der Einrichtungen und Institutionen der deutschen Minderheit in den vier nordschleswigschen Kommunen gewahrt und ihre Existenz und weitere Entwicklung abgesichert werden.
- Der deutschen Minderheit und ihren Institutionen und Vereinen im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich volle Gleichstellung zukommt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Gleichstellung in manchen Fällen nur durch eine Sonderregelung erreicht werden kann.
- Die deutsche Minderheit und ihre Einrichtungen und Vereine aktiv in kommunale Entwicklungsprozesse einbezogen und ihre Kompetenzen aktiv genutzt werden.
- In allen vier nordschleswigschen Kommunen ein laufender Dialog zwischen Stadtrat, kommunalen Behörden und Vertretern des Bundes deutscher Nordschleswiger (BDN) in Anliegen, die die deutsche Minderheit betreffen, stattfindet. Die Bildung eines kommunalen Kontaktausschusses in jeder Kommune wäre hierfür ein geeignetes Gremium.
- Auf allen politischen Ebenen folgende internationalen Regelungen eingehalten werden:
 - Die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950
 - Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955
 - Die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten von 1998
 - Die Charta für Regional- und Minderheitensprachen von 2001



WIR UNTERSTÜTZEN DIE KULTURARBEIT DER DEUTSCHEN MINDERHEIT UND SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Aktivitäten der deutschen Vereine im kulturellen, sportlichen und Freizeitbereich gleichberechtigt gefördert werden.
- Die volle Gleichberechtigung des deutschen Büchereiwesens bewahrt wird.
- Die Kulturangebote der Minderheit in kommunale Initiativen eingebunden werden.
- Die deutsche Sprache im öffentlichen Raum gefördert wird.
- Die deutschen Schulen und Kindergärten gleichberechtigt an öffentlichen Kulturangeboten teilnehmen können.
- Die Kunst- und Kulturschaffenden der deutschen Minderheit bei der Durchführung öffentlich finanzierter Kulturinitiativen berücksichtigt werden.
- Förderung von Aktivitäten im Bereich der Sprachforschung, der Literatur und der Bildenden Kunst der deutschen Minderheit und des deutsch-dänischen Grenzraums gleichberechtigt erfolgt.
- Die historische Arbeit der Minderheit, u. a. des Deutschen Museums Nordschleswig, angemessen finanziell unterstützt wird.
- Deutsche Denkmäler und Gebäude angemessen gepflegt und erhalten werden und dass diese in öffentliche Tourismus- und Geschichtsinitiativen eingebunden werden.



ENERGIE

Wir leben in einer modernen, technologisch hoch entwickelten und zunehmend digitalisierten Gesellschaft. Dementsprechend hoch ist unser Energiebedarf. Und dieser wird in Zukunft noch weiter steigen.

Strom aus nachhaltigen Quellen wird der Energieträger der Zukunft sein. Die Nutzung der fossilen Brennstoffe Öl, Kohle und Gas, die als Ursache für die Erderwärmung und den daraus folgenden Klimawandel bekannt ist, muss möglichst schnell eingestellt werden. Quellen für den grünen Strom sind u. a. Sonnenenergie und Windenergie (onshore/offshore) sowie Biomasse. Diese sollte sich hauptsächlich aus biologisch abbaubaren Abfällen zusammensetzen, die in Haushalten und in der Nutztierhaltung anfallen. Biomasse sollte nur aus regional nachwachsenden Quellen stammen.

Neben der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen müssen die Speicherung und der Transport von Energie gleichermaßen als Teil der Energiewende verstanden und eingearbeitet werden, ebenso die Energieeffizienz. Ungeachtet der Quelle sollte der Umgang mit Energie grundsätzlich sparsam und rational erfolgen.

Eine schnelle und erfolgreiche Energiewende ist Voraussetzung für den Klimaschutz.

Die Schleswigsche Partei setzt sich für einen strategischen Einsatz und Ausbau der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen ein. Grundsätzlich befürworten wir dabei auch den Bau entsprechender Anlagen an Land. Wir setzen uns zudem für Maßnahmen ein, die die Energieeffizienz fördern.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Kommunen zusammenarbeiten und die Energiewende im Interesse Nordschleswigs proaktiv vorantreiben.
- Durch Einbeziehung der Bürger ihre Akzeptanz und Bereitschaft, die Energiewende mitzutragen, gewonnen wird.
- Energiegewinnungsprojekte in höherem Maße als bisher mit regionaler Wertschöpfung zusammengedacht werden.
- Der Bau von Anlagen zur Energiegewinnung, zur Energiespeicherung und dem Transport von Energie auch mit Rücksicht auf die Umwelt geschieht.



EUROPA

Die Schleswigsche Partei ist eine proeuropäische Partei. Wir treten ein für grenzübergreifende Gemeinschaft statt Nationalismus – für ein Europa der offenen Grenzen. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten sichert Frieden und Freiheit in Europa. Und sie ist die beste Grundlage, um angemessene Antworten auf globale Herausforderungen wie z. B. Klimawandel und Migration zu finden. Die europäische Zusammenarbeit ermöglicht einen besseren grenzüberschreitenden Austausch, z. B. in den Bereichen Arbeitsmarkt und Ausbildung.

Die europäische Zusammenarbeit muss unter Wahrung der jeweiligen regionalen und nationalen Identitäten praktiziert werden. Wir wünschen uns ein Europa der Vielfalt und Völkerverständigung. Der Respekt vor der Vielfalt bildet die Grundlage für das Recht auf Selbstbestimmung der Europäer.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Entscheidungen, wenn immer möglich, nah am Bürger getroffen werden.
- Die europäischen Staaten die Kopenhagener Kriterien* erfüllen und die Pressefreiheit gewährleisten. Bei Nichteinhaltung muss reell sanktioniert werden.
- Zusammengehörigkeit, wo diese natürlich entsteht, auch über Grenzen hinweg ermöglicht wird.
- Die EU ihre Zuständigkeit für die Minderheiten in Europa anerkennt und eine aktive europäische Minderheitenpolitik führt.

* Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU muss der Beitrittskandidat die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben.

FAMILIE

Die Familie bildet ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft und ihr müssen gute Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft zu helfen, wenn der familiäre Rahmen wegbricht oder wenn er den Kindern und Erwachsenen nicht den nötigen Rückhalt bietet.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Im Rahmen unserer Gesellschaft Bedingungen geschaffen werden, die es den Familien ermöglichen, nach eigenen Wertvorstellungen zu leben und sich zu entfalten.
- Eine ganzheitliche Betrachtung von Individuen, Familien und ihrem Lebensumfeld erfolgt.
- Leicht zugängliche und schnell greifbare Hilfsmaßnahmen bedarfsgerecht vorhanden sind.
- Menschlichkeit im Umgang mit den Bürgern vorhanden ist. Bei Bürgern, die über einen bestimmten Zeitraum Hilfe benötigen, ist Kontinuität erforderlich, z. B. durch einen festen Sachbearbeiter in der kommunalen Verwaltung. Dadurch wird auch eine höhere Effizienz ermöglicht.
- Bei sichtbar werdenden Erziehungsproblemen eine frühzeitige Unterstützung der Eltern stattfindet, sodass sie schnell wieder handlungsfähig werden.
- Eine finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher sozialer Vereine erfolgt, die Familien unterstützen.



FREIZEIT

Die Freizeit bietet Bürgern die Gelegenheit zur Ausübung von Tätigkeiten, die die Zufriedenheit, die persönliche Entwicklung, die Erholung und die Geselligkeit fördern. Sie spielt somit für unser Wohlbefinden eine große Rolle.

In unserer Gesellschaft gewinnt die Freizeit immer mehr an Bedeutung und unsere soziale Identität sowie unser Bekanntenkreis werden mitunter stark von ihr beeinflusst. Dabei spielen Vereine und Organisationen sowie Anlagen und Einrichtungen eine zentrale Rolle.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die öffentliche Hand ein vielfältiges Vereinsleben unterstützt und fördert, das geografisch auch kleinere Ortschaften berücksichtigt.
- Sich das Vereinsleben an alle Altersgruppen und Gesellschaftsschichten wenden kann.
- Die Vereine integrative Aufgaben wahrnehmen, die sowohl sozial, kulturell als auch sprachlich ausgerichtet sind.
- Ein vielseitiges Freizeitangebot geschaffen wird. Dies soll durch eine entsprechende Infrastruktur wie Kultur- und Sportstätten sowie Anlagen und Zugang zu Gewässern, Wäldern, Pfaden u. ä. im öffentlichen Raum gewährleistet werden. Hierbei muss die Umweltverträglichkeit gesichert werden.
- Möglichkeiten für Individual- und Gruppenaktivitäten vorhanden sind.
- Neue Formen von Freizeittätigkeiten wie z. B. E-Sport unterstützt und gefördert werden.



GESUNDHEIT

Allen Menschen soll in allen Lebensphasen ein gesundes und aktives Leben ermöglicht werden. Die Gesundheit muss gefördert werden, um Krankheiten vorzubeugen. Das heißt, es müssen Initiativen gefördert werden, die ein gesundes Leben unterstützen.

Ein effektives und bedarfsgerechtes Gesundheitswesen muss vorhanden sein, das auch grenzüberschreitend wirken soll. Die Eigenverantwortung des Einzelnen für ein gesundes Leben spielt hierbei eine wichtige Rolle.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Menschen, die eine medizinische Behandlung benötigen, zeitnah und kompetent behandelt werden können.
- Eine bessere gesundheitliche Vor- und Nachsorge gewährleistet ist. Dabei müssen die Bedürfnisse der Bürger berücksichtigt werden.
- Region und Kommunen effektiver zusammenarbeiten, z. B. bei der Umsetzung von Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen, die aus dem Krankenhaus entlassen werden.
- Ein gut ausgebautes Gesundheitswesen, nahe am Bürger, z. B. in Form von Gesundheitshäusern, die eine breite fachliche Zusammenarbeit ermöglichen, vorhanden ist.
- Gesundheitsfördernde Initiativen für Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren unter Beteiligung der Eltern ausgebaut werden.
- Eine gute medizinische Betreuung von Pflegeheimbewohnern gewährleistet ist.
- Ausreichend Mittel für gesundheitsfördernde Projekte und lokale Selbsthilfegruppen vorhanden sind.
- Krankenhäuser und der prähospitaler Einsatz sinnvoll und wirtschaftlich genutzt werden, auch grenzüberschreitend.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Die deutsch-dänische Grenzregion ist die Schnittstelle zwischen Skandinavien und Mitteleuropa. Eine proaktive grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen ist entscheidend dafür, dass sich das deutsch-dänische Grenzland immer weiter zu einer starken und dynamischen Region entwickelt.

Dazu gehören der Abbau von Barrieren und die Förderung von Kooperationen durch gezielte Eigeninitiative der Partner. Die Gemeinschaft Europas muss sich gerade in den Grenzregionen bewähren.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Das deutsch-dänische Grenzland durch gezielte Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsregion zusammenwächst
- Noch vorhandene Barrieren, z. B. technischer, gesetzlicher, politischer, physischer, kultureller oder sprachlicher Art, in allen Bereichen weiter abgebaut werden und dass dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Vorhandene Kompetenzen nördlich und südlich der Grenze grenzüberschreitend besser genutzt werden.
- Der politische Austausch intensiviert wird.
- Es z. B. bei der regionalen Planungsarbeit, bei Großprojekten und beim Umweltschutz einen systematischen, grenzüberschreitenden Informationsaustausch auf den zuständigen Ebenen gibt.
- Die grenzüberschreitende Infrastruktur ausgebaut wird.

INFRASTRUKTUR

Unsere Gesellschaft ist von einer gut funktionierenden Infrastruktur abhängig. Diese muss laufend gepflegt, erneuert und ausgebaut werden, um die ständig steigenden Anforderungen, die wir an sie stellen, erfüllen zu können.

Unter dem Begriff Infrastruktur verstehen wir nicht nur Verkehrs- und Transportsysteme, Gebäude und andere Bauten, sondern auch Versorgungssysteme, z. B. für Energie, Wasser und Telekommunikation, sowie Entsorgungssysteme, z. B. für Abwasser, Abfall und Oberflächenwasser.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Infrastrukturmaßnahmen nachhaltig gepflegt, geplant und gebaut werden.
- Kompensierende Maßnahmen ergriffen werden, wenn nötige Infrastrukturvorhaben Einschnitte in die Natur mit sich führen.
- Die Bürger früh einbezogen werden, wenn Infrastrukturvorhaben geplant werden. Dabei kann den Bürgern unter Umständen auch eine Teilhabe angeboten werden.
- Stadt und Land gleich gut und flächendeckend versorgt werden. Wenn die Versorgung von Privatunternehmen wahrgenommen wird, soll die Politik für eine Gleichstellung von Stadt und Land sorgen.
- Auch Schleswig-Holstein bei der Planung von Infrastrukturprojekten einbezogen wird, wenn eine solche Zusammenarbeit sinnvoll erscheint.



INTEGRATION

Wir fordern Respekt vor dem einzelnen Menschen und treten für eine Integration ein, die die Identität jedes Einzelnen bewahrt.

Integration stellt Anforderungen an die Menschen, die zu uns kommen, und an die Gesellschaft, damit ein gutes Zusammenleben möglich ist. Die demokratischen Grundregeln unserer Gesellschaft bilden hierfür das Fundament.

Die sprachlichen und fachlichen Kompetenzen der Menschen, die zu uns kommen, sollen gefördert und richtig eingesetzt werden. Entstehende Integrationsprobleme sollen offen diskutiert und zusammen mit den Betroffenen gelöst werden. Eine erfolgreiche gesellschaftliche Beteiligung setzt einen zügigen Zugang zu Bildung bzw. Arbeit voraus.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Unsere Gesellschaft sich zu einer Gesellschaft des Zusammenlebens entwickelt, in der die Menschen aufeinander zugehen und sich nicht voneinander abwenden.
- Menschen, die zu uns kommen, möglichst schnell die dänische Sprache erlernen. Um das Erlernen der dänischen Sprache zu fördern, muss auch der muttersprachliche Unterricht gestärkt werden.
- Kinder von Menschen, die zu uns kommen, einen geregelten Schulalltag bekommen.
- Menschen, die zu uns kommen, ohne unnötige Verzögerungen die Möglichkeit bekommen, einer Beschäftigung nachzugehen.
- Berufliche Fähigkeiten überprüft und fachliche Qualifikationen ermittelt werden, um den zügigen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sollen ggf. gezielt angeboten werden.
- Das örtliche Vereinsleben in die Integrationsarbeit eingebunden wird und diese unterstützt und dass die Kommunen die entsprechenden Rahmen hierfür schaffen.



JUGEND

Junge Menschen sollen sich in Nord-schleswig wohlfühlen. Dafür brauchen sie Sicherheit und Geborgenheit. Sie sollen sich nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen entwickeln können. Und sie sollen die Gesellschaft, in der sie leben, mitgestalten können. So werden sie engagierte und verantwortungsvolle Mitbürger. Gute Gemeinschaften mit Gleichaltrigen tun Jugendlichen gut. Hier werden Freundschaften geknüpft und Interessen entdeckt und geteilt.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Es in Nordschleswig ein gut ausgebaut und stabiles öffentliches Verkehrsnetz gibt, das auch die individuelle Mobilität ermöglicht, damit junge Menschen Gemeinschaften pflegen und an Aktivitäten teilnehmen können.
- Es für Jugendliche, die zur Ausbildung in eine der nordschleswigschen Städte ziehen möchten, ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem und attraktivem Wohnraum gibt.
- Es in den nordschleswigschen Ausbildungsstädten ein interessantes und innovatives Jugendmilieu gibt mit ansprechenden Kultur- und Freizeitangeboten, die gezielt an die Jugendlichen kommuniziert werden.
- Jugendliche selbst Initiativen ergreifen und umsetzen können. Sie sollen darin unterstützt werden, ihre Ideen auf kurzem Wege zu verwirklichen.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen im deutsch-dänischen Grenzland enge Kooperationen eingehen, um die Jugendlichen frühzeitig auf mögliche Berufswege aufmerksam zu machen.
- Sich die Ausbildungseinrichtungen miteinander vernetzen – auch grenzüberschreitend.
- Ein besseres Verständnis für die Ausbildungsinhalte und die jeweiligen Ausbildungsabschlüsse, die nördlich und südlich der Grenze erlangt werden können, geschaffen wird. Die Abschlüsse sollten gegenseitig anerkannt werden.
- Jugendlichen auf ihrem Ausbildungsweg, wenn nötig, auch eine zweite Chance gegeben wird, indem sie die Möglichkeit erhalten, ihre Ausbildung zu wiederholen bzw. eine neue zu beginnen.

Es muss in Nordschleswig ein breites und dezentrales Angebot an attraktiven und zeitgemäßen Ausbildungen geben, sowohl im gewerblichen als auch im akademischen Bereich. Hierbei sollte, wo immer es möglich ist, auch die Zusammenarbeit mit Ausbildungsangeboten südlich der Grenze angestrebt werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Es eine qualifizierte, unabhängige und gut strukturierte Ausbildungs- und Studienberatung gibt, die den Jugendlichen Möglichkeiten aufweist und ihren Entscheidungsprozess unterstützt.
- Für Jugendliche, die z. B. mit finanziellen oder auch psychischen Problemen (Angst, Depression, Mobbing....) zu kämpfen haben, frei zugängliche und kostenlose Beratungsangebote vorhanden sind. Diese Anlaufstellen sollen die Jugendlichen bei Bedarf schnell und unbürokratisch an relevante Behandlungsangebote heranführen und sie bei der Behandlung begleiten.

Die Möglichkeit des grenzüberschreitenden, deutsch-dänischen Ausbildungswegs stellt für junge Menschen eine einmalige Chance dar und kann beim späteren Wettbewerb im Berufsleben von Vorteil sein.

Es gibt heutzutage unzählige Wahlmöglichkeiten für Jugendliche. Dabei werden aber auch hohe Ansprüche an die oft sehr ambitionierten jungen Menschen gestellt. Daher wünschen sie sich Klarheit und Struktur, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können.



KINDER UND BILDUNG

Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, ihr Potenzial auszu-schöpfen und weiterzuentwickeln. Es müs-sen Strukturen vorhanden sein, die Qualität und Nähe sichern und der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit und Interessenslage der Kinder und Jugendlichen gerecht werden.

Es muss sichergestellt werden, dass für die Bereiche Tagespflege, Kindergärten und SFO ein bezahlbares Angebot vorhanden ist. Die Kommunen müssen einheitliche In-formationen über alle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche bereitstellen.

Die frühzeitige Erkennung eines Förder-bedarfs bei Kindern und Schülern ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass recht-zeitig unterstützende Hilfe angeboten wer-den kann (lokal und regional).

WIR SETZEN UNS IM BEREICH KINDER-GÄRTEN (EINSCHL. KRIPPE) DAFÜR EIN, DASS:

- Hohe Qualitätsstandards und entsprechen-de finanzielle Zuwendungen sichergestellt werden.
- Ein angemessenes Verhältnis zwischen Erziehern und pädagogischen Hilfskräften besteht.
- Gruppengrößen und Institutionen klein ge-halten werden. Wichtig ist aber auch die Zusammenarbeit zwischen Institutionen, z. B. in Verbindung mit gemeinsamen Pro-jekten.

WIR SETZEN UNS IM BEREICH TA-GESPFLERGE DAFÜR EIN, DASS:

- Eltern die freie Wahl zwischen Krippe und Tagespflege haben.
- Es öffentliche und private Angebote mit einem einheitlichen fachlichen Standard und denselben Fortbildungs-möglichkeiten gibt.
- Mehrkulturelle Angebote vorhanden sind.
- Aktivitäten für Kinder, die zu Hause betreut werden, angeboten werden.

WIR SETZEN UNS IM BEREICH SFO DAFÜR EIN, DASS:

- Die SFOs ihr Angebot innerhalb der schuli-schen Rahmenbedingungen selbstständig gestalten und entwickeln können.
- Die SFO-Leitung einen angemessenen Platz in der Schulleitung einnimmt.
- Arbeitsbedingungen vorhanden sind, die die Weiterentwicklung der fachlichen Kom-petenzen der Mitarbeiter ermöglichen.

WIR SETZEN UNS IM BEREICH SCHULE DAFÜR EIN, DASS:

- Das Prinzip kurze Beine – kurze Wege im Vordergrund steht.
- Private und öffentliche Schulen beim Zugang zu den Angeboten der Kommunen gleichgestellt sind.
- Das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache in den kommunalen Schulen in die Lehrpläne aufgenommen wird.
- Bei der Schülerbeförderung von Schülern und Auszubildenden sinnvoll und effizient zusammengearbeitet wird.
- Die Arbeitsbedingungen für Lehrer verbessert werden. Der Einsatz der Lehrer sollte in ihren Fachgebieten erfolgen. Dabei muss ein gerechtes Verhältnis zwischen Unterrichts- und Vorbereitungszeit sichergestellt werden.
- Für die Mitarbeiter eine längerfristige Fortbildungsstrategie entwickelt wird, die nachhaltig wirkt und laufend evaluiert wird.
- Mehr mit weiterführenden Schulen und Betrieben zusammengearbeitet wird.
- Die gute Berufsberatung (UU) in den Schulen, einschließlich der Praktika, bewahrt wird.
- Mehr kommunale Angebote für praxisnahen Unterricht vorhanden sind.

WIR SETZEN UNS IM BEREICH BETRIEBLICHE AUSBILDUNG DAFÜR EIN, DASS:

- Schule und Wirtschaft, insbesondere im handwerklichen Bereich, besser verknüpft werden.
- Auszubildenden, die ihre Ausbildung abbrechen, zeitnah mit passenden Maßnahmen geholfen wird.
- Es eine bessere öffentliche Verkehrsanbindung für Auszubildende und Schüler gibt.
- In allen vier nordschleswigschen Kommunen, auch über Kommunengrenzen hinweg, kostengünstige Buskarten für Schüler der *Ungdomsuddannelser* bereitgestellt werden.
- die öffentliche Hand Lehrplätze für Jugendliche zur Verfügung stellt, die einer betrieblichen Ausbildung nachgehen wollen.

Es muss sichergestellt werden, dass ein attraktives und bedarfsorientiertes Angebot an Ausbildungen im gymnasialen und universitären Bereich vorhanden ist.

Es muss ein sinnvoller Übergang zwischen den Ausbildungsbereichen möglich sein.





KULTUR

Eine freie Kulturarbeit ist ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Das Gestalten von und die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten bedeutet eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb sollen alle Generationen einer Gesellschaft zur Beteiligung am kulturellen Leben ermutigt werden.

Die Schleswigsche Partei setzt sich für eine Stärkung der Kultur- und Freizeitarbeit in den nordschleswigschen Kommunen ein. Hierbei misst sie der Kulturarbeit auch als Standortfaktor für die Wirtschaft sowie als Voraussetzung für Dynamik und Vielfalt im Landesteil einen hohen Stellenwert bei.

Die Kultur- und Freizeitpolitik der Schleswigschen Partei fußt auf der kulturellen Vielfalt und den Besonderheiten, die das deutsch-dänische Grenzland kennzeichnen.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Gute Rahmenbedingungen, die Kulturaktivitäten von Jugendlichen für Jugendliche ermöglichen, geschaffen werden, sodass Jugendliche selbst kulturell tätig werden können und dadurch Gemeinschaften bilden und stärken.
- Alle Menschen unserer Gesellschaft aktiv am kulturellen Leben teilnehmen können – als Kulturakteure und als Kulturkonsumenten.
- Eine bessere digitale Vernetzung und Sichtbarmachung bestehender Kultur- und Freizeitangebote stattfindet.
- Die grenzüberschreitende Kulturregion Sønderjylland-Schleswig weiterentwickelt wird. Das deutsch-dänische Grenzland macht historisch bedingt eine gemeinsame Kulturregion aus. Unsere regionalen Besonderheiten und unser kulturhistorisches Erbe sollten wir uns bei der Vermarktung unserer Region als Alleinstellungsmerkmale zunutze machen.
- Ein kultureller Angebotsrahmen geschaffen wird, der Kulturarbeit mit regionalen Eigenarten sowie Traditionen, aber auch mit neuen kulturellen Einflüssen ermöglicht.
- Die räumliche Infrastruktur ausgebaut und weiterentwickelt wird, damit dem Kulturleben zeitgemäße Rahmen geboten werden können.
- Der regionale Dialekt „Synnejysk“ gefördert wird.

LAND UND STADT

Der globale Trend der Urbanisierung macht sich in Dänemark und somit auch in Nordschleswig bemerkbar. So ziehen die Menschen vorzugsweise in größere Städte und deren Umgebung, wo die Bevölkerungszahl wächst, während ländliche Kommunen meist einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben. Auch innerhalb der ländlichen Kommunen macht sich eben dieser Trend bemerkbar: Die größeren Städte wachsen, während kleinere Städte, Dörfer und das offene Land einen Bevölkerungsrückgang erleben. Dieser Trend führt dazu, dass Service und Dienstleistungen, ganz gleich ob öffentlich oder privat (Schule, Arzt, Kaufmann usw.), auf dem Land nach und nach wegfallen.

Die Schleswigsche Partei versteht sich als die Partei der ländlichen Räume. Wir sind der Überzeugung, dass eine positive Entwicklung im ländlichen Raum voraussetzt, dass sich auch die Stadtgebiete positiv entwickeln. Dennoch meinen wir, dass besondere Maßnahmen für den ländlichen Raum notwendig sind, um eine ausgewogene Entwicklung in Stadt und Land sicherzustellen.

Das Wohnen außerhalb der größeren Städte soll wieder attraktiver werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Infrastruktur im ländlichen Raum mindestens auf demselben Niveau wie in den Städten gehalten und entwickelt wird.
- Eine gute Anbindung von und zu den Städten gewährleistet wird. Dazu gehört ein attraktiver öffentlicher Personenverkehr, ebenso wie die Förderung alternativer Transportmöglichkeiten wie zum Beispiel Mitfahrgelegenheiten.
- Initiativen zur Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen jeglicher Art im ländlichen Raum von öffentlichen Verwaltungseinheiten positiv unterstützt und begleitet werden.
- Menschen im ländlichen Raum eine angemessene Kompensation und Unterstützung erhalten, wenn die fehlende Nähe zu Service und Dienstleistungen das Wohnen auf dem Land weniger attraktiv und teurer werden lässt.
- Seniorengerechte Wohnungen und Wohngemeinschaften auf dem Land unterstützt werden.
- Die Finanzierung von Wohnraum auf dem Land wieder auf eine faire Weise ermöglicht und im Verhältnis zur Stadt nicht benachteiligt wird.
- Örtliche kulturelle Initiativen, Vereine, Dorfgilden usw. öffentliche Unterstützung erhalten, sodass ein aktives Leben auf dem Lande auch als Mehrwert erlebt und als Alternative zu städtischen Aktivitäten wahrgenommen wird.



NATUR UND UMWELT

Den kommenden Generationen wollen wir eine saubere Umwelt und eine artenreiche Natur überlassen. Dies können wir nur durch eine tragfähige Entwicklung und gezielte Schutzmaßnahmen gewährleisten. Der Forschungsarbeit kommt hierbei eine wichtige Rolle zu und sie muss daher gefördert werden. Umweltbewusstes Handeln sollte gefordert und belohnt werden. Schäden und Schadstoffe sind nach dem Verursacherprinzip zu beseitigen.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Strategien und Maßnahmen zum Schutz des Klimas durchgesetzt werden. Dabei sollen die Klimazielsetzungen der UN den Rahmen setzen, aber ein Klimawandel mit der Zielsetzung, unter der Zwei-Grad-Obergrenze zu bleiben, ist anzustreben. Dies kann am besten durch grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit, aber auch durch konkrete Maßnahmen vor Ort erreicht werden.

Der maßvolle Umgang mit Ressourcen muss in allen Bereichen berücksichtigt werden. Durch Produktion und Konsum entstehen große Mengen Abfall, die für die Umwelt eine Belastung darstellen.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Abfall reduziert oder ganz vermieden wird. Gleichzeitig sollte das Recycling verbessert und intensiviert werden.
- Maßnahmen zur Vermeidung und Entsorgung von Abfall in gewerblichen und öffentlichen Betrieben getroffen werden.
- Der Verkauf von pfandfreien Getränkedosen im Grenzhandel eingestellt wird.
- Gezielt gegen die Vermüllung der Landschaft vorgegangen wird.

Unsere Gewässer bilden die Lebensgrundlage für die heimische Tier- und Pflanzenwelt und haben zudem die wichtige Funktion, Regenwasser abzuleiten. Deshalb müssen sie geschützt und gepflegt werden.

Die Landschaft Nordschleswigs trägt entscheidend zum Charakter unseres Landesteils bei. Die Kulturlandschaft ist historisch gewachsen und stellt einen wichtigen Teil unseres Kulturerbes dar. Einzigartige Naturlandschaften bereichern die Umwelt und tragen zur Biodiversität bei. Sie müssen deshalb geschützt werden. Monokulturen sollen vermieden werden.

Die Qualität des Grundwassers muss gesichert werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Wasserqualität in Seen und Küstengewässern gesichert wird.
- Die Modernisierung der Klärwerke und die Trennung der Abwassersysteme ausgebaut werden.
- Das ungeklärte Einleiten von Abwässern in die Gewässer, z. B. im ländlichen Raum, vollständig eingestellt wird.
- Umweltverträgliche Landwirtschaft und ökologischer Landbau gefördert werden.
- Naturpflegeprojekte in Feuchtgebieten durch freiwillige Pflegeverträge mit den Landwirten gefördert werden.
- Stehende und fließende Gewässer zur Stärkung der Selbstreinigungskräfte renaturiert werden.
- Maßnahmen gegen die weitere Versiegelung der Oberflächen getroffen werden – auch auf Privatgrundstücken. Die natürliche Versickerung von Regenwasser muss gesichert werden.
- Die Wasserqualität in Wasserläufen geschützt und ihre Funktion, Regenwasser abzuleiten, aufrechterhalten wird.
- Bei Überschwemmungen pragmatische Regelungen zur Gefahrenabwehr angewandt werden können.
- Bei drohenden Katastrophen zeitnah Lösungen gefunden werden können, auch grenzüberschreitend.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Nutzung von Chemikalien, die nachweislich ins Grundwasser einsickern können, verboten wird.
- Gefährliche Deponien intensiv kontrolliert und wenn nötig Maßnahmen zum Umweltschutz getroffen werden.
- Unser Trinkwasser geschützt wird. Grundeigentümern, die durch Maßnahmen in ihrem Verfügungsrecht eingeschränkt werden und finanzielle Einbußen erleiden, muss eine entsprechende Entschädigung zugesprochen werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Landschaftspflege in Nordschleswig auch in Zusammenarbeit mit den Bürgern gezielt gefördert wird, um den Landesteil für seine Bewohner und Gäste attraktiv zu machen.
- Die grüne Infrastruktur sowohl in Städten als auch in Dörfern entwickelt und ausgebaut wird. Hierbei sollten auch wilde Naturflächen eingeplant werden.
- Die Begrünung entlang der Straßen intensiviert wird. Alleen und Knicks stellen historisch betrachtet wertvolle Elemente in der Kulturlandschaft dar und müssen wieder verstärkt angepflanzt und gepflegt werden.
- Einzigartige Naturgebiete naturbelassen bleiben und von Eingriffen möglichst freigehalten werden.
- Naturgebiete wieder verstärkt vernetzt werden, um Pflanzen und Tieren eine ungestörte Entwicklung zu ermöglichen.
- Das Anlegen von Ausgleichsflächen in Verbindung mit Projekten, die in geschützte Gebiete eingreifen, möglich sein soll.

REGION SÜDDÄNEMARK

Der Gesundheitsbereich spielt eine große Rolle für die Lebensqualität der Bürger und die zukünftige Entwicklung in der Region. Das Wohl der Patienten und die Nähe zu den Patienten sollen im Mittelpunkt stehen. Die Entwicklung des Gesundheitssektors in Süddänemark, darunter vor allem auch die Entwicklung in Nordschleswig und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, haben einen besonderen Stellenwert für die Schleswigsche Partei.

Nordschleswig hat sehr gute Voraussetzungen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern und weiter auszubauen. Das Entwicklungspotenzial der Grenzregion muss noch besser ausgeschöpft werden. Im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung, im Bildungsbereich und auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt sehen wir das größte Potenzial. Dazu gehören auch eine gut funktionierende öffentliche Verkehrsversorgung und eine Infrastruktur, die all dies unterstützt.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die Krankenhäuser grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den prähospitalen Einsatz.
- Gezielte Maßnahmen zur besseren ärztlichen Versorgung der Menschen in der Region getroffen werden.
- Die Behandlungsübergänge zwischen Krankenhäusern und Kommunen besser koordiniert werden, z. B. durch eine gezielte Kommunikation.
- Es eine bessere personelle Ausstattung und höhere Qualität im Bereich der Psychiatrie gibt.
- Die Region in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Koordinierung des Einsatzes im Bereich des besonderen Förderbedarfs wahrnimmt.



SENIOREN

Senioren haben zum Aufbau und Erhalt unserer Gesellschaft beigetragen. Ab einem gewissen Alter haben sie das Recht auf Fürsorge. Als Gesellschaft ist es unsere Aufgabe, Verantwortung für ältere Menschen zu übernehmen, die sich nicht selbst versorgen können.

Fürsorge und Versorgung muss diesen Menschen in aller Würde zuteilwerden, sodass sie sich geborgen fühlen. Voraussetzung ist, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben muss, sich möglichst lange selbst zu versorgen, wenn er dies kann und wünscht.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Eine Teilhabe der Senioren an der Gemeinschaft gewährleistet wird, z. B. in Vereinen und im direkten Umfeld der Senioren.
- Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Senioren gewährleistet werden.
- Die Potenziale älterer Menschen anerkannt und einbezogen werden.
- Fürsorgeangebote flexibel gestaltet und zur Verfügung gestellt werden. Das können z. B. vielfältige Wohnformen sein.
- Engagierte und gut ausgebildete Altenpfleger zur Verfügung stehen. Verwaltungsaufgaben sollen auf ein Minimum begrenzt werden.
- Ausreichend Altentagesstätten mit einem angemessenen Angebot vorhanden sind, z. B. in Anbindung an Pflegeheime.
- Für Demenzkranke eine bedarfsgerechte Pflege geschaffen wird.
- Die freiwillige soziale Arbeit für Senioren entsprechend gefördert wird.
- Der Gebrauch der deutschen Sprache für Angehörige der deutschen Minderheit ermöglicht wird.



TOURISMUS

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Dänemark und in strukturschwachen Regionen ganz besonders wichtig. Die Touristikbranche soll sich so entwickeln, dass sie nachhaltig für Natur und Gesellschaft ist.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Eine ausgewogene Förderung der Tourismusbranche stattfindet, die die verschiedenen Tourismusformen berücksichtigt, z. B. Maritim-, Natur-, Kultur-, Geschichts-, Sport-, Erlebnis- und Wirtschaftstourismus.
- Sich die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, sowohl privaten als auch öffentlichen, in der gesamten Region, also auf beiden Seiten der Grenze, kontinuierlich entwickelt.
- Ein gemeinsamer und koordinierter Tourismuseinsatz für die ganze Region Sønderjylland-Schleswig entwickelt wird.
- Gute Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft geschaffen werden, einschl. Förderung von entsprechenden Ausbildungen.
- Eine zielgerichtete Planung und Gestaltung der Tourismusbranche und auch eine Vermarktung der Tourismusangebote durch die öffentliche Hand erfolgt.

VERKEHR

Die Mobilität von Menschen und Waren wird in einer modernen Gesellschaft immer wichtiger. Bei dem Wunsch nach individuellen und flexiblen Lösungen darf der Aspekt der Nachhaltigkeit nicht außer Acht gelassen werden.

Die Schleswigsche Partei will eine tragfähige Verkehrspolitik durchsetzen. Nordschleswig ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Deshalb müssen Verkehrs- und Infrastrukturprojekte, wo es Sinn macht, kommunenübergreifend und grenzüberschreitend geplant und umgesetzt werden.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Straßenbaukonzepte umweltverträglich sind.
- Der öffentliche Personennah- und Regionalverkehr gestärkt wird — auch durch den Ausbau flexibler Angebote.
- Bei der Lösung von Verkehrsproblemen neue Technologien in Betracht gezogen und eingesetzt werden.
- Der Güter- und Personenverkehr von der Straße und dem Luftraum auf Schiene und Wasserstraße verlagert wird.
- Der Bahnverkehr Nordschleswigs und Schleswig-Holsteins durch den Einsatz von elektrischen Zweisystemzügen verknüpft wird.
- Die Verkehrsanbindungen Nordschleswigs verbessert werden.
- Die Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten durch verkehrsgesicherte Lösungen verbessert wird.
- Innenstädte durch Verkehrsberuhigung als Lebensraum attraktiver gestaltet werden.
- Das Fahrradwegenetz ausgebaut wird und Sicherheit gewährleistet ist, auch aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens auf den Fahrradwegen.
- Fuß- und Wanderwege ausgebaut werden.



WIRTSCHAFT

Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen und der Region muss es eine gute Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Ausbildungsstätten, Institutionen und den Kommunen bzw. der Region geben.

In den Kommunen und der Region soll die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachbereichen eng organisiert werden, um die Rekrutierung und Bindung von Arbeitskräften und neuen Betrieben aus dem In- und Ausland besser koordinieren und fördern zu können. Hierbei spielt auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen den nordschleswigschen Kommunen und der Region eine wichtige Rolle. Diese müssen laufend ausgebaut werden.

Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist es wichtig, das Wirtschaftsklima kontinuierlich zu verbessern.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Alle Firmen und Betriebe einen guten kommunalen Service erhalten.
- Eine starke Wirtschaftsförderungsorganisation Firmengründer und kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt.
- Sachbearbeitung gegenüber Wirtschaftsunternehmen vereinfacht wird.
- Kommunale Abgaben und Gebühren abgeschafft werden, die allein der Wirtschaft auferlegt worden sind.
- Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) eingesetzt werden.
- Eine sinnvolle Beteiligung der Wirtschaftsunternehmen an kommunalen und regionalen Aufgaben stattfindet, z. B. durch öffentliche Ausschreibungen.
- Die Infrastruktur laufend und sinnvoll nach den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst wird.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Die Bürger wählen Politiker, die als ihre Vertreter die Geschicke der Gesellschaft gestalten, lenken und organisieren.

In unserer Gesellschaft wird ein Großteil der politischen Vorhaben, die von Politikern beschlossen werden, von einer öffentlichen Verwaltung umgesetzt. Diese muss transparent und effizient arbeiten können.

Die Effektivierung der öffentlichen Verwaltung setzt voraus, dass Politiker und Führungskräfte Standards festlegen und dass die Prozesse und Arbeitsgänge fachlich durchleuchtet und angepasst werden. Das kann durch Erfahrungen und Vorschläge der eigenen Mitarbeiter, durch Einrichtung von kommunalen Kompetenzzentren und durch öffentliche Ausschreibungen erreicht werden.

Wir verstehen Effektivierung als das Ergebnis von Überprüfung und Veränderung von Prozessen. Diese führen dazu, dass mit dem Einsatz derselben Ressourcen mehr erreicht wird oder aber, dass man mit weniger Ressourcen dasselbe erreichen kann.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN, DASS:

- Die politische Arbeit transparent und im offenen Dialog mit den Bürgern stattfindet.
- Die öffentliche Verwaltung mit all ihren Einrichtungen als eine flexible und effiziente Serviceorganisation wahrgenommen wird. Menschliche, qualitative und ökonomische Aspekte müssen hierbei gleichermaßen berücksichtigt werden.
- Die öffentlichen Dienstleistungen den Bedürfnissen der Bürger entsprechen und so flexibel wie möglich angeboten werden.
- Eine Verwaltungskultur entsteht, in der laufend Verbesserungen stattfinden, um Effizienz und Flexibilität zu steigern. Hierbei ist es erwünscht, von anderen zu lernen (von anderen öffentlichen Verwaltungen wie auch von Wissenszentren und privaten Unternehmen).
- Ressourcen, die durch Effektivierung freigesetzt werden, vorzugsweise zur Verbesserung der Wohlfahrt eingesetzt werden sollen.



Schleswigsche Partei